

Öffentliche Sitzung

Protokoll Nr.:	14/2024
Sitzung:	Gemeinderat
Datum:	19.11.2024
Zeit:	18.30 Uhr – 21.00 Uhr
Ort:	Ratssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 54
Vorsitz:	Bürgermeister Seidel
Mitglieder anwesend:	<u>CDU</u> Stadträtin Haaf; Stadträte Bernauer, Erles, Schendzielorz, Sy und Wagner (ab 18.35 Uhr) <u>FW</u> Stadträtinnen Henßler und Mayer Stadträte Dr. Cherwon, Dr. Rothe, Scholl (ab 18.45 Uhr) und Wachert <u>Grüne</u> Stadträtinnen Inama-Knäblein, Krastel und Scheibe Stadträte Katzenstein (ab 18.45 Uhr), Konrad (ab 18.40 Uhr) und Zietak <u>SPD</u> Stadträtin Linier Stadträte Bergsträsser, Hertel, Staudenmaier und Weinmann <u>Linke</u> -
weiter anwesend:	Petra Polte (FB1) Daniel Möhrle (FB3 zu TOPs 4 & 5) Holger Arnold (FB7 zu TOP 6)
Mitglieder entschuldigt:	Stadträtin Oppelt Stadträte Hofstätter und La Licata
Urkundspersonen:	Stadträte Bergsträsser und Dr. Rothe
Sachvortrag:	Herren Robens und Reinhard (beide Kreisforstamt) zu TOP 4
Schriftführerin:	Frau Gruneberg

Der Bürgermeister eröffnet die öffentliche Sitzung um 18:30 Uhr und begrüßt die anwesenden Gemeinderäte und Besucher. Er weist darauf hin, dass er unter TOP 5 der heutigen Tagesordnung noch grundsätzliche Informationen zur Änderung der Grundsteuergesetzgebung und Umsetzung im Land Baden-Württemberg geben werde und bittet daher darum, in der Bürgerfragestunde von Nachfragen hierzu abzusehen.

Bürgerfragestunde

Der Bürgermeister verweist eingangs auf die Regeln zur Bürgerfragestunde, wie sie in der Geschäftsordnung des Gemeinderates festgelegt sind: Höchstdauer der Fragestunde 30 Minuten. Jede Bürgerin bzw. Bürger kann zwei Fragen oder Vorschläge äußern, jeweils drei Minuten Redezeit.

Ein Bürger, Anwohner des Friedhofs Neckargemünd, sagt, dass vor Jahren begonnen wurde, die Friedhofsmauer zu renovieren. Als etwa die Hälfte abgearbeitet gewesen sei, habe der Denkmalschutz eingegriffen, weil – so seine Information - die verwendete Farbe falsch gewesen sei. Anschließend sei bis heute aber nichts mehr passiert. Wie gehe es hier jetzt weiter?

Der Bürgermeister antwortet, dass man die Sache aufnehme. Beim Denkmalschutz müsse mit dem RP Karlsruhe in die Abstimmung gegangen werden. Der neue Bauamtsleiter, Herr Schopp, werde es auf seine To-do-Liste setzen.

Ein Neckargemünder Bürger, spricht die Grundsteuerdiskussion an. Die stärkere Besteuerung von großen Grundstücken beiße sich mit den aktuellen Bebauungsplänen der Stadt, die eine Bebauung in zweiter Reihe oft nicht möglich machten. Es sei wichtig, hier einen Grundsatzbeschluss zu fassen, dass bei Grundstücken ab einer Größe von z.B. 1.000 qm eine Bebauung künftig möglich sei.

Der Bürgermeister antwortet, dass das Thema sehr komplex sei. Eine allgemeine Regel erfordere Mut von allen, wie beispielsweise die Bebauungspläne, die z.T. älteren Datums seien, aufzuheben. Politisch werde gerade eine starke Innenverdichtung angestrebt, was in den vergangenen 50 Jahren nicht erwünscht gewesen sei.

Der Bürger merkt an, dass der eine oder andere Eigentümer nicht begeistert sein werde.

Der Bürgermeister wiederholt, dass eine Innenverdichtung erwünscht sei. Hierauf müsse man städtischerseits reagieren. Dies sei Teil der neuen strategischen Aufstellung, die man im kommenden Jahr zu besprechen habe.

Ein Bürger aus der Rainbach bedankt sich für das neue Tor an der Nordseite der Mauer bei der Villa Menzer. Hier sei viel Detailarbeit eingeflossen. Gleichwohl sitze die Tür zu niedrig und es müsse Erde abgegraben werden. Weiter interessiere ihn, ob das Tor dann permanent offen sein solle.

Der Bürgermeister antwortet, dass das Tor geschlossen, aber offenbar sei sollte. Die Technischen Dienste würden sich um den besseren Sitz des Tores kümmern.

Weiterhin lobt der Bürger den Neuanstrich des Stadttors und erinnert an seine Streichaktion in Eigeninitiative – hier hätte sein Alleingang etwas Gutes in Gang gebracht.

Der Bürgermeister ergänzt, dass der Denkmalschutz sich inzwischen wohlwollender zeige als früher.

Ein Anlieger der Straße Am Mühlwald sagt, dass eine Messkolonne zwischenzeitlich das Trennsystem überprüft habe. Der Winter stehe vor der Tür, die Umwegstrecke durch den Wald werde vermutlich mit Schnee bedeckt sein und es seien Baumbrüche zu befürchten. Er schlägt vor, die Belastbarkeit des Bodens unter Aufsicht mit einem voll beladenen LKW zu prüfen.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass für den Dienstag, 26.11. eine Baubesprechung mit allen Anwohnern geplant sei. Er bitte darum, dort dann alle Fragen mit den zwei anwesenden Ingenieuren zu klären. Insgesamt gehe man in der Verwaltung davon aus, dass die Bauarbeiten im Frühjahr/Sommer beginnen könnten. Stadtrat und Ortsvorsteher von Dilsberg Erles bestätigt, dass er heute zu der genannten Baubesprechung am 26.11. eingeladen habe.

Eine Neckargemünder Bürgerin, stellt fest, dass in letzter Zeit sehr viel für ältere Bürgerinnen und Bürger getan werde. Man dürfe aber die Jugendlichen nicht aus dem Fokus verlieren. Vor einigen Jahren habe man mit der Jugendbeteiligung angefangen. Sie interessiere, wie es hier weitergehe.

Der Bürgermeister informiert, dass aktuell ein Sprayerprojekt in der Planung sei und im Januar/Februar werde der Gemeinderat – unter Finanzvorbehalt - über drei Konzeptvarianten des E-Werks zu entscheiden haben.

Frau Polte ergänzt, dass die für die Jugend zuständige Mitarbeiterin, gerade den Bohrermarkt erfolgreich beendet und somit wieder mehr Zeit habe. Das im Mai in Dilsberg stattgefunden Sprayerprojekt werde nun für Neckargemünd organisiert.

Die Bürgerin stellt fest, dass viele Jugendliche seit Corona vereinsamt seien. „Auf Frust folge Radikalisierung“. Es sei wichtig, dass man für die Jugend nun Gas gebe.

Eine weitere Bürgerin aus Neckargemünd erinnert an die Information eines Bürgers in der vorletzten Sitzung, dass die Naturschutzuntersuchungen am Lammerskopf nicht für das Neckargemünder Gebiet geplant seien. Außerdem erinnert sie an die Thematik Tempo 30 in der Bahnhofstraße.

Der Bürgermeister informiert, dass der Lärmaktionsplan Ende 2023 abgelaufen sei. Man starte ihn neu und werde in Verhandlungen bzgl. der 34/35 Linie gehen. In diesem Zusammenhang werde man dann auch in die Debatte über die 30er/40er Zone gehen.

Die Bürgerin zeigt sich empört. Dies sei eine Schande für den Gemeinderat. Man könne auch immer warten, bis der Gemeinderat eine neue Zusammensetzung habe, um dann neu zu entscheiden.

Der Bürgermeister entgegnet, dass das Ganze aus seiner Sicht eher den zähen Verhandlungen mit dem ÖPNV geschuldet sei. Zu den Naturschutzuntersuchungen sei zu sagen, dass diese auf Neckargemünder Gemarkung bisher noch nicht stattgefunden hätten, da bisher nur FFH-Gebiete (also in Heidelberg und Schöna) untersucht wurde. Neckargemünd befände sich in der Pufferzone und habe somit andere Hürden und Zeitpläne. Auch habe man keine Eile aufgrund des Zeitplans bei der Fortschreibung des Einheitlichen Regionalplans. Dies sei für 2026 geplant.

Zwei Mütter des Elternbeirats Kindergartens Feuerton fragen nach den zukünftigen Plänen bzgl. der Räumlichkeiten des Kindergartens und der Nutzung des Außengeländes, das seit 2022 teilweise gesperrt sei.

Der Bürgermeister sagt, dass man im Gemeinderat intern die Situation aller Kindergärten vorbesprochen habe. Mehr könne er dazu erst nach den Haushaltsberatungen sagen. Nach seinem Dafürhalten sei allerdings ein Ersatzbau unerlässlich.

Eine Bürgerin aus Neckargemünd sagt, dass der Weg vom Stadttor zum Markt ein trauriges Bild abgebe, die Friedrichsburg stehe seit acht Jahren leer und wenn man weiter gehe, folgten weitere Leerstände. Könne man diese nicht besteuern, damit sich etwas tue. Und könne man die 80.000€ Sanierungsmittel nicht beim Investor zurückfordern?

Der Bürgermeister informiert, dass er mit dem Investor in Kontakt stehe. Spätestens bis März 2025 müssten Dinge erledigt sein, sonst würden die Fördersummen zurückgefordert. Was die Nutzinger-Nachfolge angehe, so seien zwei interessante Dinge in Planung.

Die Bürgerin bemängelt weiterhin, dass es auf dem Wochenmarkt nur noch drei Stände gäbe.

Der Bürgermeister sagt, dass die Verwaltung gerade diese Woche Anzeigen geschaltet habe, aber wichtig wäre eben auch, dass die Bürger zum Einkaufen auf dem Markt gehen.

Die Bürgerfragestunde endet um 18.55 Uhr.

1: **Vorlage und Kenntnisnahme des Protokolls Nr. 13/2024 vom 15.10.2024**

1.1: **Sachvortrag:**

Das Protokoll liegt den Stadträten im Wortlaut vor.

1.2: **Beratung:**

Stadträtin Inama-Knäblein meldet eine redaktionelle Änderung auf der letzten Seite. Deren Einarbeitung wird zugesagt und das Protokoll den beiden Urkundspersonen dann im Nachgang, spätestens zur kommenden Sitzung, zur Unterschrift vorgelegt.

1.3: **Beschluss:**

Das Protokoll wird vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Die Unterschriften der beiden Urkundspersonen werden nach Einarbeitung der redaktionellen Änderung von Stadträtin Inama-Knäblein nachgeholt.

2: **Vorlage und Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 24.09.2024 gefassten Beschlüsse**

2.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 / Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

2.2: **Beratung:**

-

2.3: **Beschluss:**

Folgender Beschluss wird bekanntgegeben:

Personalangelegenheiten - Besetzung der Stelle „Fachbereichsleitung des Fachbereichs 5 – Bauen und Recht (m/w/d)“

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, die Stelle „Fachbereichsleitung des Fachbereichs 5 Bauwesen und Recht (m/w/d)“ mit Herrn Jochen Schopp zu besetzen.

3. **Vorlage und Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung am 15.10.2024 gefassten Beschlüsse**

3.1: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 / Hauptverwaltung ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

3.2: **Beratung:**

-

3.3: **Beschluss:**

Folgende Beschlüsse werden bekanntgegeben:

Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Neckargemünd GmbH

Der Gemeinderat weist den bevollmächtigten Vertreter der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Neckargemünd GmbH einstimmig an, den Beschlüssen zum Jahresabschluss (TOP 1), wie vom Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 15.05.2024 vorgeschlagen, zuzustimmen.

Verkauf des Flst. Nr. 98, 99, 100, 101, Gemarkung Neckargemünd (Griechische Weinstube / Lamm)

Der Gemeinderat beschließt mit 19 Jastimmen bei fünf Enthaltungen in Abänderung des Beschlusses aus der Gemeinderatssitzung vom 16.04.2024, dass die Frist zur Inbetriebnahme eines Restaurants im Erdgeschoss des Gebäudes Neckarstraße 38 drei Jahre betragen soll. Im Falle der Nichteinhaltung fällt eine Ausgleichszahlung in Höhe von 100.000,00 € an. Hierüber haben die Erwerber eine Bankbürgschaft zu stellen.

4: **Waldhaushalt**4.1.: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 3 – Finanzen sowie die Präsentation der Förster Robens und Reinhard sind dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Robens erinnert an die Waldbegehung im September, bei der es bereits Gelegenheit zum Austausch gegeben habe. Der Holzeinschlag lag in 2023 bei 4.617 Festmetern, ca. 600 Festmeter weniger als im Durchschnitt für das Forsteinrichtungsjahrzehnt unter Wahrung der Nachhaltigkeit veranschlagt. Man

habe eingespart, was aber aufgrund der Vorjahre mit vergleichsweise vielen Zwangsnutzungen in Ordnung war. Der Plan der Forsteinrichtung sähe 5.260 Festmeter Mittelwert auf 10 Jahre vor. Dieser Wert sei zur Hälfte des Zeitraums auf Grundlage der klimatischen Änderungen reduziert worden (ursprünglich lag er bei 5.600 Festmetern). Beim Holzeinschlag waren es 85% Buche (wobei der Stadtwald zu 49% aus Buchen bestehe) und zu 21%, also überproportional viel, Fichte. Wegen Dürre und Borkenkäfer habe man bei den Fichten viel Zwangsnutzungen gehabt. Insgesamt habe die Witterung in 2024 die Situation beim Borkenkäfer aber verbessert. Für den Wald sei der viele Regen ein Segen gewesen. Aufgrund von weniger Regen träten aber seit dem Jahre 2018 vermehrt Trockenschäden an alten Buchen im Kronenbereich auf. Alte Bäume könnten nicht mehr reagieren, daher sei es jetzt wichtig, die Weichen für die Zukunft so zu stellen, dass ein Wald für mehrere Generationen heranwachse. Abschließend geht Herr Robens auf die weiteren Aufgaben der Förster ein, u.a. Pflanzung von trockenresistenten Bäumen, Wiederholungspflanzungen, Einzelschutz etc. Im Vergleich zum Haushaltsansatz 2023 stehe ein geringeres Minus als veranschlagt, nämlich 100.000€.

Bezüglich dem aktuellen Jahr 2024: Stand heute liege der Holzeinschlag bei 2.836 Festmetern, man plane am Ende des Jahres bei 3.900 Festmetern zu landen, was nach neun Jahren des Forsteinrichtungszeitraums 93% bedeute. Dieses Jahr habe man nur 5% Zwangsnutzungen verzeichnet. Aktuell liefen, zeitlich etwas verzögert aufgrund eines defekten Helikopters, die Bodenschuttkalkungen in Neckargemünd.

Herr Reinhard präsentiert anschließend die beschlussrelevanten Daten für 2025. Mit einem Ansatz von 3.095 Festmetern Hiebsatz reduziere man den Einschlag weiter. Im Frühjahr 2025 seien nur zwei Hiebe geplant, wobei man dann bei Bedarf im Herbst, falls nötig, noch nachsteuern könne. Wichtig sei, jungen Bäumen Platz in der Krone zu verschaffen. Früher habe man schlankes Brennholz bekommen wollen und daher eng gepflanzt. Heute habe man jetzt aber erkannt, dass es wichtiger sei, den Bäumen Platz für die Wurzeln zu geben, damit sie viel Wasser aufsaugen könnten, um dieses bis in die Baumkronen zu transportieren. Daher werde weniger eng gepflanzt. Für Pflegearbeiten sei für 2025 kein Geld eingestellt, man werde diese aufs nächste Jahr verschieben, was aber nicht weiter tragisch sei. Weitere Ausgaben entstünden für die Herrichtung von Fahrwegen, für Erholungsmaßnahmen und die Aufhübschung der Waldwege.

Der Bürgermeister fragt, wo genau die Maßnahmen in 2025 geplant seien.

Herr Robens zeigt auf einer Karte gelb markierte Flächen im oberen Stadtwald an der Grenze zu Wiesenbach sowie am Blumenstrichweg. Es handle sich um insgesamt 15 verschiedene Waldorte im markierten Gebiet. Außerdem um Maßnahmen im unteren Stadtwald an der Grenze zu Heidelberg und in Mückenloch am Reitplatz. Details könne er gerne nachreichen.

4.2: **Beratung:**

Stadtrat Wagner spricht für die Fraktion der CDU: „*Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Reinhard, sehr geehrter Herr Rubens, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, unsere Wald liegt uns sehr am Herzen, ob als Naherholungsgebiet für unsere Bürger, als grüne Lunge, als Heimat der verschiedensten Tieren und Pflanzen oder als klimarelevante Größe. Deshalb ist es immer wichtig, Information aus erster Hand über den Zustand unseres Waldes von Ihnen zu bekommen. Wie immer haben Sie und ihr Team unseren Wald mit Verstand,*

Umsicht und Herzblut auch dieses Jahr wieder top gemanaged. Zusätzlich haben Sie uns den Zustand unseres Waldes gründlich dargelegt und uns mit Ihrem Bericht den perspektivischen Ausblick auf die Zukunft gegeben. Der Wald steht vor klimabedingten Veränderungen, denen Sie und ihr Team mit Weitblick und dem nötigen Fingerspitzengefühl begegnen. Ganz herzlich möchte sich die ganze CDU Fraktion bei Ihnen, Herr Reinhard, für die jahrelange, hoch engagierte, professionelle Zusammenarbeit bedanken. Wir, die CDU-Fraktion, werden Ihr Fachwissen, aber auch Sie als Ansprechpartner rund ums Thema Wald schmerzlich vermissen. Wir wünschen Ihnen für Ihre Zukunft alles erdenkliche Gute. Die CDU-Fraktion stimmt dem Waldhaushalt geschlossen zu.“

Stadtrat Wachert bedankt sich für die Fraktion der Freien Wähler für die detaillierten Ausführungen, die schöne Zeit und wünscht Herrn Reinhard alles Gute für den Ruhestand. Man wisse den Wald bei den Förstern in guten Händen und vertraue ihnen. Trotzdem dürfe man die „Waldwende“ nicht vergessen. Man möge doch deren Experten gemeinsam mit den Förstern an einen Runden Tisch zusammenbringen, um möglicherweise auch deren andere Herangehensweisen mit denen der Förster zusammenzubringen und zu kombinieren. Er bedankt sich nochmals für das Engagement der Förster.

Stadtrat Katzenstein fragt, was die Kalkung konkret koste. Beim Holzeinschlag seien gerade sehr große Flächen auf den Karten zu sehen gewesen. Er gehe davon aus, das nur punktuell und kleinflächig mit Fingerspitzengefühl gearbeitet werde.

Herr Robens bestätigt dies.

Stadtrat Katzenstein merkt weiterhin an, dass die Forsteinrichtung im kommenden Jahr anzugehen sei. Hier möge man die Zivilgesellschaft mit einbeziehen. Der Wald habe nicht nur eine wirtschaftliche Bedeutung, sondern sei auch für den Klimaschutz, den Sport, die Erholung etc. sehr wichtig. Daher müsse die Bevölkerung eingebunden werden. Bei Herrn Reinhard bedanke er sich für den jahrzehntelangen Einsatz, u.a. habe er auch den Sinnespfad und Biotope mit angelegt. In den vergangenen Jahren habe es viel Gegenwind gegeben, aber Herr Reinhard habe sich als „sturm feste Eiche“ erwiesen.

Herr Robens beziffert die Kosten für die Bodenkalkung mit ca. 127.000€. Nach Abzug der Förderung blieben ca. 16.000€ bei der Stadt Neckargemünd hängen. Die letzte Kalkung sei vor über 20 Jahren durchgeführt worden.

Stadtrat Hertel bedankt sich ebenfalls bei Herrn Reinhard für seinen Einsatz. Er habe sein Wissen immer informativ und fundiert vermittelt und dabei immer das Beste für den Wald im Auge gehabt. Er werde große Fußstapfen hinterlassen und man werde ihn vermissen. Dem Waldhaushalt werde die SPD-Fraktion zustimmen, auch wenn man Defizite in Kauf nehmen müsse.

Herr Reinhard bedankt sich für die wertschätzenden Worte. Es sei ihm eine Freude gewesen, hier arbeiten zu dürfen, wo andere Urlaub machten. Dies erfülle ihn mit Dankbarkeit.

4.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat stimmt dem Waldhaushalt 2025 einstimmig zu:

Produkt 5550, Forstwirtschaft

Sachkonto	Erträge	Betrag in EUR
31480000	Zuweisungen und Zuschüsse	11.200
34110000	Mieten und Pachten	9.600
34210000	Erträge aus Verkauf	198.500
		219.300
Sachkonto	Aufwendungen	
42110000	Unterhaltung Grundstücke / Sicherung Steinbrüche	45.000
42710100	Ernte von Forsterzeugnissen	78.200
42710200	Kulturen	16.000
42710300	Forstschutz	10.000
42710400	Bestandspflege	0
42710500	Erschließung	26.000
42710600	Sozialfunktion	10.000
42710700	Forsteinrichtung	6.500
44310000	Geschäftsaufwendungen	24.000
44310400	Telefon / Datenkommunikation	0
44410000	Steuern, Abgaben, Versicherungen	14.400
44520000	Erstattung Verwaltungs- u. Betriebsausgaben	66.300
48110000	Aufw. Verrechnung Bauhof	11.000
		307.400

Es folgt eine Pause von 19.50 – 19.55 Uhr.

5: **Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzsatzung)**

5.1.: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 3 – Finanzen sowie die Präsentation „Grundsteuerreform zum 01.01.2025“ ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Bürgermeister Seidel erläutert anhand der Präsentation das neue Landesgrundsteuergesetz. Auf der Tabelle auf Seite 2 seien bis zur Zeile „Steuermessbetrag“ alle Zahlen landesrechtlich vorgegeben. Dadurch käme es zu den aufgezeigten Belastungsverschiebungen. Grundsätzlich könne man sagen, dass das neue Gesetz Wohnblocks und Gewerbe begünstige.

Herr Möhrle weist darauf hin, dass man grundsätzlich jedes Jahr dazu angehalten sei, den Haushalt im Blick zu behalten, was folglich auch Auswirkungen auf den Hebesatz habe. Bislang habe der Hebesatz bei 400 gelegen, bei Aufkommensneutralität läge er jetzt neu bei 200. Gleichwohl müsse man den Finanzbedarf der Stadt im Auge behalten. Aktuell stünde ein Defizit von 4,77 Mio. im Ergebnishaushalt 2024 und auch in 2025 bliebe die Haushaltslage sehr angespannt. Er verweist auf Mehrkosten bei der Kreisumlage, reduzierte Gewerbesteuererinnahmen (hier müsse der Planansatz vermutlich um 500.000€ nach unten reduziert werden), gestiegene Lohnkosten und weniger Schlüsselzuweisungen. In der Vergangenheit sei man jedes Jahr mit einem

blauen Auge davon gekommen, aber seit 2024 leider nicht mehr. Es sei daher dringend geboten, sich über die Hebesätze Gedanken zu machen.

Der Bürgermeister ergänzt, dass er beim Zensus Widerspruch eingelegt habe, auch wenn mit wenig Aussicht auf Erfolg zu rechnen sei. Für 2025 müsse man aufgrund der geringeren Einwohnerzahl mit ca. 300.000€ weniger an Zuweisungen und ab 2026 mit ca. 600.000€ weniger rechnen.

5.2: **Beratung:**

Stadtrat Wachert spricht für die Freien Wähler:

„Liebe Bürgerinnen und Bürger, ich lade Sie ein, eine kurze Zeitreise mit mir zu machen – nur zwei Jahre in die Zukunft. Stellen wir uns den Mai 2026 vor. Eine Familie aus Neckargemünd, zwei berufstätige Eltern, zwei schulpflichtige Kinder. An einem warmen Tag kommen die Kinder nach Hause und wollen ins Freibad. Aber das Freibad hat geschlossen – die Stadt kann es sich nicht mehr leisten. Auch der Klavierunterricht der Tochter in der Musikschule ist Geschichte – die Schule gibt es nicht mehr. Der Spanischkurs, den meine Frau so gerne in der Volkshochschule besuchte? Fehlanzeige. Die Volkshochschule musste schließen. Das Fußballtraining im Stadion, zu dem unser Sohn zweimal die Woche mit Freude ging. Fehlanzeige, auch dieser Platz musste geschlossen werden. Mein geliebter Sportkurs in der Turnhalle? Die Halle ist ebenfalls stillgelegt. Und wenn ich mich darüber bei der Ortsverwaltung beschweren möchte – auch das geht nicht mehr, denn die Ortsverwaltungen gibt es nicht mehr. Zurück zum Heute. Warum erzähle ich Ihnen das? Weil all diese Einrichtungen und Angebote – das Freibad, die Musikschule, die Volkshochschule, die Turnhallen, die Fußballplätze und auch die Ortsverwaltungen – freiwillige Leistungen der Stadt sind. Diese Leistungen machen unsere Stadt leben- und lebenswert, und sie sind NICHT selbstverständlich. Doch unser Haushalt hat ein Defizit von derzeit 4,5 Millionen Euro. Wenn wir es nicht schaffen, dieses Defizit zu reduzieren oder zumindest zu deckeln, wird uns die Rechtsaufsichtsbehörde im Landratsamt einschränken. Ein Prüfer wird dann bestimmen, wofür wir noch Geld ausgeben dürfen – und wo gestrichen wird. Und, wie uns bereits angekündigt wurde, das Erste, was er streichen wird, sind die freiwilligen Leistungen. Und glauben Sie mir die Erhöhung der Kreisumlage, welche auch Neckargemünd hart trifft, trägt zu dieser Entwicklung bei. Sowohl auf Kreis- als auch auf Bundesebene werden Entscheidungen getroffen, welche die Kommunen bürokratisch und finanziell extrem belasten. Was sollen wir tun? Wir sehen aktuell nur eine Möglichkeit, um dieser Entwicklung zu begegnen: eine moderate Erhöhung des Grundsteuer-Hebesatzes auf 250 %. Dabei wird die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nur eine geringe oder gar keine Erhöhung zu spüren bekommen – wir gehen von etwa 15 bis 20 Prozent aus, die spürbar mehr zahlen müssten. In wirklich existenzbedrohenden Fällen würden wir uns eine Härtefallregelung wünschen, beispielsweise über einen freiwilligen Fonds. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es bereits die Möglichkeit eines Erlasses aus sachlichen Billigkeitsgründen bei Existenzgefährdung gibt. Diese spezielle Form der Steuererleichterung kann in Ausnahmefällen gewährt werden, wenn die Einziehung einer Steuerforderung als unbillig anzusehen ist und dadurch die wirtschaftliche Existenz des Steuerpflichtigen ernsthaft gefährdet wird. Die rechtliche Grundlage hierfür ist § 227 der Abgabenordnung (AO). Diese Entscheidung geht uns alle an, denn sie entscheidet mit darüber, wie lebendig und attraktiv Neckargemünd in Zukunft sein wird. Ich danke Ihnen.“

Stadtrat Sy spricht für die CDU-Fraktion wie folgt: „Aufgrund einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erfolgt auf 2025 ein Systemwechsel bei der Grundsteuer, der zu Änderungen bei der Berechnung der Bemessungsgrundlage zur Grundsteuer führt und damit eine Neufestsetzung des Hebesatzes erforderlich macht. Dies wird bei den einen zu Erhöhungen und bei anderen zu Senkungen bei der Zahllast führen. Darauf haben wir jedoch keinen Einfluss. Soll das Aufkommen insgesamt neutral bleiben, wäre dies bei einem Hebesatz von ca. 200 % gegeben. Unabhängig vom Systemwechsel müssen auch die weiteren Rahmenbedingungen für unsere Entscheidung berücksichtigt werden. Wir sehen im Wesentlichen folgende Aspekte: Schon in diesem Jahr war der Haushalt stark defizitär. Über die Gewerbesteuer können und werden wir keine Besserung erreichen. Aufgrund der Versäumnisse in den letzten Jahren bei der Instandhaltung der Infrastruktur (städtische Gebäude und Straßen) ergeben sich immer wieder sofort notwendige außergewöhnliche Ausgaben, die manchmal nur noch gerade so durch Einsparungen an anderer Stelle aufgefangen werden können. Dies wird sich in den nächsten Jahren auch nicht ändern. Als ob das nicht genug wäre, kommt für 2025 noch eine Erhöhung der Kreisumlage, die die Stadt mit weiteren 1,3 Mio Euro belasten wird. Ohne gegenzusteuern, wäre unsere Stadt handlungsunfähig. Die CDU ist deshalb der Meinung, dass eine nur marginale Erhöhung des GrundsteuerHebesatzes der dramatischen Haushaltssituation nicht gerecht wird und schlägt deshalb die Festlegung des Hebesatzes für 2025 auf 250 % vor. Uns ist klar, dass das bei Weitem nicht ausreichen wird, um die Lücke zu schließen. Deshalb wird auch auf der Ausgabenseite eingespart werden müssen, dies unter der Prämisse, dass Schwimmbad, Musikschule und VHS bestehen bleiben sollen. Wer nur eine marginale Erhöhung des Hebesatzes will, wird erklären müssen, wie er das auf diese Weise schaffen will. Wir sind überzeugt, bei einem künftigen Hebesatz von 250 % in den Haushaltsberatungen auch auf der Ausgabenseite über Einsparungen einen halbwegs tragbaren Haushalt erreichen zu können. Selbstverständlich wird im nächsten Jahr das tatsächliche Ergebnis einer Prüfung unterzogen werden müssen und ggf. wird nachgesteuert werden müssen. Gestatten Sie mir noch eine persönliche Anmerkung: Als ich dieses Jahr für den Gemeinderat kandidierte, tat ich dies in der Absicht, die Probleme unserer Stadt lösen zu helfen und eine positive Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger mitgestalten zu können. Schneller als mir lieb war musste ich nun erkennen, dass man dafür manchmal auch unangenehme und harte Entscheidungen treffen muss. Dies ist schmerzlich, aber unumgänglich, wenn die Handlungsfähigkeit unserer Stadt für die Zukunft erhalten werden soll.“

Es folgt die Stellungnahme von Stadtrat Katzenstein für die Fraktion der Grünen: „Das höchste Gut in der Politik – auf jeder Ebene! – ist das Vertrauen der Bürger:innen und Bürger. Die Wählerinnen und Wähler haben uns mit der Wahl ihr Vertrauen ausgesprochen. Das dürfen wir nicht verspielen. Ein wichtiger Teil dabei ist die Verlässlichkeit. Also dass wir zu dem stehen, was wir versprochen haben. Also eben nicht wie – angeblich – Konrad Adenauer sagte „was interessiert mich mein Geschwätz von Gestern!“. Vor genau zwei Jahren hat die Stadtverwaltung gesagt – nachzulesen in der RNZ vom 15. November 22: <Zitat RNZ> „Die Grundsteuerreform soll aufkommensneutral umgesetzt werden.“ Ziel sei es, den Hebesatz so festzulegen, dass die Kommunen letztlich gleich viel Grundsteuer einnimmt wie vor der Reform.</Zitat RNZ> Nun könnten Sie sagen, das war die Verwaltung und nicht wir. Aber. Zum einen sind wir Teil der Verwaltung. Und zum anderen sind manche von Euch genau mit diesem Versprechen in den letzten Kommunalwahlkampf gegangen! Der

CDU Stadtverband hat – immer noch auf der Website nachzulesen – den Wählerinnen und Wählern vor wenigen Monaten (!) versprochen: „Wichtig bleibt, dass aus der Grundsteuerreform keine Mehreinnahmen generiert werden und die Hebesätze daher zu senken sind.“ Keine Mehreinnahmen zu generieren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch deswegen wurdet ihr [CDU] in der GR gewählt, auch deswegen habt ihr die meisten Stimmen bei der Kommunalwahl bekommen! Ich weiß, dass ihr vertragstreu sein, dass ihr euch an Zusagen haltet. Das könnt ihr gleich in der Abstimmung beweisen! Ob ihr euer Wahlversprechen ernst gemeint habt! -- Und selbst wenn wir aufkommensneutral blieben, also einen Hebesatz von 200 v.H. beschließen, würde das bei manchen zu enormen Kostensteigerungen führen. Ja, einige können sich das leisten, die merken das aufgrund des hohen Einkommens kaum. Aber es sind halt auch Neckargemünderinnen und Neckargemünder betroffen, die ein kleines Häuschen auf einem vielleicht geerbten großen Grundstück haben. Ich denke da an die Randbereiche des WBTal – das sind beileibe keinen Villen. -- Auch andere Kommunen in der Umgebung haben die GS diskutiert und die neuen Hebesätze beschlossen. Z.B. Bammental und Meckesheim haben diese aufkommensneutral beschlossen! Und beide sind doch direkte Konkurrenten von uns! Natürlich schauen Leute beim Wohnortwechsel danach, wie teuer das wohnen wird, sie schauen auch nach der Grundsteuer. Bammental und Meckesheim liegen beide auch an der S-Bahn, beide haben lebendige Ortsmitten mit vielen Geschäften. Und beide haben Anschluss an die S-Bahn und Meckesheim auch an den RE! Sie sind also auch attraktive Wohnorte. Es wäre ein Phyrrus-Sieg, wenn wir die Grundsteuer stark anheben, aber dann zukünftig weniger Einwohnerinnen und Einwohner haben und damit geringere Einnahmen aus den Zuweisungen des Landes! Der Schuss kann nach hinten losgehen. Natürlich sind wir Grüne nicht blauäugig. Wir sehen die steigenden Belastungen für unseren Haushalt. Seien es die gestiegenen Lohnkosten für unser Personal (welches jeden Euro wert ist!), die Energiekosten, die großen Aufgaben wie die Sanierung der Straße „Am Mühlwald“ etc. Und dass die Steigerung der Kreisumlage uns sehr viel Geld kosten wird. Daher halten wir eine moderate Steigerung der GS für angemessen. Eine Steigerung um ein Viertel (CDU & FW) ist das sicher nicht. So eine großer Kostensprung war und wäre ohne die Grundsteuerreform sicher nicht mehrheitsfähig! Wir beantragen, den Hebesatz auf den Wert von 225 v.H. festzulegen. Das ist immer noch ein Anstieg von gut 12%, also auch viel. Aber angesichts der enorm gestiegenen Kosten, auch der Inflation der letzten Jahre, ist das durchaus fair. Der Hebesatz von 225 ist nicht in Stein gemeißelt. Die Auswirkungen des Zensus kommen erst in den nächsten Jahren, noch nicht jetzt. Es ist keine gute Politik, sich vor der Anpassung von Steuern oder Gebühren jahrelang zu drücken, um dann festzustellen: Upps, jetzt müssen wir aber auf einmal die Steuer, die Gebühr um 20 oder 30 Prozent oder mehr anheben. Deswegen beantragen wir zudem, dass die Hebesätze für die Grundsteuer zukünftig alle 2 Jahre überprüft und hier im Gremium diskutiert werden. Schließlich komme ich zum Thema Grundsteuer C. Das Land hat den Kommunen die Möglichkeit gegeben, diese zusätzlich zu erheben. Sie ist möglich für erschlossene und bebaubare Grundstücke. Also die klassischen Enkelgrundstücke, die Baulücken. Damit ist Lenkungswirkung möglich. Insbesondere, wenn sie mit einem klaren Anstiegspfad beschlossen wird – unabhängig von der Grundsteuer B. Damit steigt die Motivation der Eigentümerinnen und Eigentümer, die Flächen selber zu bebauen oder zu verkaufen. Denn es sollte für uns alle selbstverständlich sein: Innenverdichtung hat Vorrang vor Neubaugebieten, vor neuer Flächenversiegelung. Das war auch

Motivation des Landes: Ziel ist weiterhin, dass wir mit dem kostbaren und endlichen Gut „Fläche“ sorgsam umgehen. Es gilt die Maxime des ehemaligen CDU-Landesministers Gerd Weiser aus Mauer: Das Ziel ist die Netto-Null beim Flächenverbrauch. Es ist für uns nachvollziehbar, dass die Grundsteuer C jetzt noch nicht eingeführt werden kann – da z.B. die entsprechenden Grundstücke noch erfasst werden müssen. Wir wünschen uns aber, dass deren Einführung für das nächste Jahr vorbereitet wird. Vielen Dank"

Stadtrat Hertel sagt, dass das Bundesverfassungsgericht 2018 die Grundsteuer in ihrer bisherigen Form für verfassungswidrig erklärt habe. Das Baden-Württemberg habe sich in der Folge entschieden, hauptsächlich von der Grundstücksfläche und nicht vom Wert der Immobilie auszugehen. Dies sei eine falsche Herangehensweise der Politik. Zunächst wäre es wichtig gewesen, dass die Kommunen in der Folge zuerst die Bebauungspläne änderten. Jetzt aber kämen erstmal Kosten auf die Bürger zu und erst jetzt passten Kommunen die Bebauungspläne an, damit es für die Bürger passe. Vermutlich würden jetzt auch Grundstücke wieder verkauft. Das System sei durcheinandergebracht worden und soziale Ungerechtigkeiten entstanden. Grundstücke seien oftmals auch Altersvorsorgen. Die SPD würde gerne einen aufkommensneutralen Hebesatz anstreben, allerdings sei dies aufgrund der Kreisumlage nicht machbar. Daher schlage man einen Hebesatz von 225 für das Jahr 2025 vor, mit einer erneuten Überprüfung des Sachverhalts für das Jahr 2026. Gleichzeitig möge der Auftrag an die Stadt erteilt werden, die Bebauungspläne anzupassen.

Der Bürgermeister informiert, dass der Stadtrat der Linken, Herr La Licata, für heute entschuldigt sei. Daher erfolge keine Stellungnahme. Bei der Grundsteuer C finde durch das Land bereits eine Progression von ca. 1.000 % (i. Rd. der Grundsteuer B) statt, im Laufe des Jahres 2025 werde man hierüber weiter zu sprechen haben.

Stadtrat Sy merkt zum Vortrag von Stadtrat Katzenstein an, dass ein Vergleich der Städte Bammental und Meckesheim mit Neckargemünd aufgrund der dortigen Gewerbesteuererinnahmen unredlich sei. Die neuen Meßbeträge seien von vielen Faktoren abhängig und die Werte nicht einfach so vergleichbar. Was die städtische Aussage zur Aufkommensneutralität von vor zwei Jahren betreffe, so müsse man grundsätzlich aber auch in der Lage sein, bei sich ändernden Verhältnissen kurzfristig zu reagieren. Wenn man nun aber vor dem Hintergrund der aktuellen, neuen Erkenntnisse nicht handle, sei dies verantwortungslos.

Stadtrat Katzenstein findet, dass vieles im Wahlkampf schon bekannt gewesen sei. An Stadtrat Hertel gerichtet sagt er, dass das Gesetz auf Landesebene bereits 2020 beschlossen worden sei. Die Kommunen hätten Zeit gehabt zu reagieren.

Stadtrat Erles stellt fest, dass die Konsolidierung des Haushaltes erste Priorität haben müsse.

Stadtrat Sy bemerkt erneut, dass, wer nicht reagiere, grob fahrlässig handle. Die jetzige Problematik gehe auf das Land und die Partei von Stadtrat Katzenstein mit ihren ideologischen Vorstellungen zurück. Der Gemeinderat hätte vor vier Jahren schon Entscheidungen treffen können und im Gegensatz zu manch anderem hier im Gremium sei Stadtrat Katzenstein damals schon hier gesessen.

Stadtrat Katzenstein entgegnet, dass die frühere Regelung, die jahrzehntelang gegolten habe, bis sie vom Verfassungsgericht gekippt worden sei, der Anlass für das

neue Gesetz gewesen sei. In Hessen werde ein anderes, viel komplizierteres Verfahren, umgesetzt. Auch schlage die Fraktion der Grünen keinen aufkommensneutralen neuen Hebesatz vor, gleichwohl aber eine moderate Erhöhung.

Stadtrat Hertel erinnert daran, dass ein Vorschlag der SPD-Fraktion vor vier Jahren versendet sei.

Der Bürgermeister stellt fest, dass das Gremium nun also über die genannten Vorschläge 225% und 250% zu entscheiden habe.

Herr Möhrle erläutert, dass der Verwaltungsvorschlag beinhalte, die Grundsteuer A bei 340 zu belassen.

Stadtrat Katzenstein sagt, dass der Vorschlag der Grünen beinhalte, alle zwei Jahre über die Grundsteuer B zu beraten.

Der Bürgermeister antwortet, dass das kommende Jahr in Bezug auf die Grundsteuer B sehr munter werde und erst in zwei bis drei Jahre mit einer Stabilisierung zu rechnen sei. Auch die Auswirkungen im Land auf den Finanzausgleich blieben spannend. Und es gelte die Grundsteuer C im Auge zu behalten. Er hielte es für geboten, die Grundsteuer B für die nächsten drei Jahre jährlich auf die Tagesordnung zu setzen.

In der Folge wird über die Hebesätze 2025 wie folgt abgestimmt:

Grundsteuer A

Hebesatz in Höhe von 340: einstimmig angenommen

Grundsteuer B

Hebesatz in Höhe von 250: mit 13 Jastimmen zu 11 Neinstimmen bei keiner Enthaltung angenommen

Abschließend folgt die Abstimmung über die gesamten Satzung (siehe Beschluss).

5.3: **Beschluss:**

Der Gemeinderat beschließt die Hebesätze für die Grundsteuer A (einstimmig) und B (mit 13 Jastimmen zu 11 Neinstimmen) ab dem 01.01.2025. Die beiliegende Satzung über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer (Hebesatzung) wird einstimmig mit 13 Jastimmen bei 11 Enthaltungen beschlossen.

Die Satzung ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

6: **Änderung der Bemessungsgrundlage des Kommunalrabatts durch Beschluss des Bundesgerichtshofs – Auswirkungen auf die Stadt**

6.1.: **Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 7 – Projektmanager ist dem Original-Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Arnold erläutert seine Vorlage. Die Stadt verliere leider weitere Einnahmen.

6.2: **Beratung:**

Stadtrat Hertel fragt, ob somit in der Haushaltsplanung auch in den Folgejahren mit weniger Einnahmen zu rechnen sei.

Herr Arnold bestätigt dies.

6.3: Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Informationen zur Kenntnis.

7: Vorberatung der 161. Sitzung der Verbandsversammlung des AZV HD am 04.12.2024**7.1.: Sachvortrag:**

Die Vorlage des FB 1 – Öffentlichkeitsarbeit / Gremien ist dem Original-Protokoll als Anlage beigelegt.

Frau Polte informiert, dass es verwaltungstechnisch mit dem AZV HD leider auch bereits in der Vergangenheit immer wieder Probleme beim Erhalt der Sitzungsvorlagen gegeben habe. Diese kämen spät und oftmals würde im Nachgang noch ausgetauscht bzw. ergänzt. Es sei sehr aufwendig. Heute Abend fehlten jetzt die kompletten Vorlagen zu den TOPs A6, A8 und A10, der TOP A3 sei vom AZV als mündlicher Sachstandsbericht geplant.

7.2: Beratung:

Stadtrat Bergsträsser meint, dass er den zwei städtischen Mitgliedern im AZV HD voll vertraue. Gleichwohl solle man bitte den Misstrauen über die nicht vorhandenen Vorlagen mitteilen.

Stadtrat Katzenstein sagt, er werde nicht zustimmen, wenn die Vorlagen fehlten. Keine Zustimmung ohne Unterlagen.

Stadtrat Dr. Rothe findet, man solle jetzt über alles abstimmen, was vorhanden sei. Und könne über die TOPs ohne bisherige Vorlage einen Umlaufbeschluss generieren, sobald diese rechtzeitig vorliege?

Stadträtin Linier fragt, ob eine Enthaltung möglich sei.

Der Gemeinderat verständigt sich darauf, über die TOPs mit Vorlage abzustimmen und beschließt einstimmig seine Zustimmung zu den TOPs A2, A4, A5, A7 und A9 zu erteilen.

Die TOPs A6, A8 und A10 werden mit 18 Neinstimmen bei 6 Enthaltungen aufgrund der nicht vorhandenen Vorlagen abgelehnt.

7.3: Beschluss:**Beschlussvorschlag:**

Der Gemeinderat der Stadt Neckargemünd beschließt folgendes Abstimmungsverhalten der Stadt Neckargemünd in der 161. Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Heidelberg am 04.12.2024, 15.30 Uhr, im Klärwerk Nord:

TOP	Beratungsgegenstand	Zustimmung/Ablehnung	
A.1	Verpflichtung neuer Mitglieder	Kenntnisnahme	
A.2	Wahl der beiden stellvertretenden Verbandsvorsitzenden für 2025	X	
A.3	Einrichtung einer Vierten Reinigungsstufe		

	- Mündlicher Sachstandsbericht -		
A.4	Grunderneuerung der Lüftungs- und Kühlungsanlage des Laborgebäudes <ul style="list-style-type: none"> - Maßnahmegenehmigung - Beschluss nach § 8 Abs. 1 Satz 1 der Verbandssatzung zur Vergabe der erforderlichen Bauarbeiten 	X	
A.5	Kreditanlegenheiten 2024 <ul style="list-style-type: none"> - Information über die Neuaufnahme eines Investitionskredits 	X	
A.6	Haushaltssatzung 2025		X
A.7	Fahrzeuge Kanalunterhaltung <ul style="list-style-type: none"> - Maßnahmegenehmigung für die Ersatzbeschaffung des Hochdruckspül- und -saugfahrzeuges SP 5 - Beschluss nach § 8 Abs. 1 Satz 1 der Verbandssatzung zur Vergabe der erforderlichen Lieferaufträge 	X	
A.8	Vorratsbeschluss über die Neuaufnahme von Krediten im Jahr 2025		X
A.9	Steigerung der Attraktivität des Abwasserzweckverbandes Heidelberg hier: Gewährung von Zulagen nach der Arbeitsmarkt-Richtlinie	X	
A.10	Kläranlagen Heidelberg <ul style="list-style-type: none"> - Beschluss nach § 8 Abs. 1 Satz 1 der Verbandssatzung zur Einstellung eines Beschäftigten 		X
A.11	Verschiedenes		

8: Mitteilungen und Anfragen

8.1.: Ratsinformationssystem

Frau Polte informiert, dass das RIS unter Dach und Fach sei. Man werde zukünftig mit Session, Session Net und Mandatos arbeiten.

Stadträtin Linier fragt, ob auch die Ortschaftsräte einbezogen würden.

Frau Polte antwortet, dass man zunächst mit dem Gemeinderat beginnen werde. Die Verwaltungsmitarbeiter müssten zukünftig mehr als bisher bei der Vorlagenerstellung mitarbeiten und die Fachbereichsleiter sowie einzelne mit Vorlagenerstellung betraute Mitarbeiter erst Erfahrung sammeln. Auch sei die Anschaffung der Tablets für alle Gemeinde- und Ortschaftsräte gesamt eine Kostenfrage.

Der Bürgermeister ergänzt, dass man von einer Einführungsphase von sechs Monaten ausgehe, drei Monate werde man vermutlich parallel arbeiten. Es werde dauern – aber es gehe voran.

Stadtrat Katzenstein erinnert daran, dass man das RIS vor 10 Jahren beantragt habe.

Stadtrat Konrad findet die Vorgehensweise nicht logisch. Man solle doch die Ortsverwaltungen gleich mitnehmen.

Frau Polte entgegnet, dass es praktische Erwägungen gewesen seien. Man habe sich intensiv mit der Thematik beschäftigt und man wolle das Chaos nicht überall ausbreiten. Kosten- und Personalgründe hätten den Ausschlag gegeben.

8.2.: **Ehrung und Eintrag ins Goldene Buch der Stadt**

Frau Polte informiert, dass im Dezember für Laura Philipp ein kleiner Empfang mit Eintrag ins Goldene Buch der Stadt in der Villa Menzer geplant sei. Ein größeres Format sei angeboten worden, aber Frau Philipp habe den Vorschlag abgelehnt.

8.3.: **Neujahrsempfang**

Frau Polte informiert, dass man den für 10.01. geplanten Neujahrsempfang in 2025 aussetzen werde. Dies sei einerseits der vorgezogenen Bundestagswahl geschuldet sowie der nicht einfachen finanziellen Situation der Stadt und Personalproblemen im Fachbereich 1. Es verlassen zum Ende des Jahres die Assistenz des Bürgermeisters und auch die Sachbearbeiterin Gremien die Stadt.

8.4.: **Martin-Luther-Haus**

Der Bürgermeister informiert, dass er in der Woche vor Weihnachten den Kauf des Martin-Luther-Hauses beurkunden werde.

8.5.: **Ruhestand Förster Reinhard**

Stadtrat Erles sagt, dass Herr Reinhard eine bessere Verabschiedung in den Ruhestand verdient hätte. Die Verwaltung möge sich hier Gedanken machen.

Der Bürgermeister sagt zu, den Hinweis aufzunehmen.

8.6.: **Beleuchtung Eisenbahnbrücke**

Stadtrat Dr. Rothe informiert, dass die Beleuchtung wieder nicht funktioniere.

Stadtrat Wachert bestätigt, dass sie eine Woche an gewesen sei, dann wieder aus.

Der Bürgermeister verspricht, es an die Syna weiterzugeben.

Der Bürgermeister

Die Urkundspersonen
Stadtrat Bergsträsser

Die Schriftführerin

Stadtrat Dr. Rothe